

Schriften zum Europäischen Recht

Band 219

Extraterritorialität und Unionsrecht

Die extraterritoriale Reichweite des Unionsrechts
am Beispiel der Anwendung des europäischen Kartell-
und Datenschutzrechts in der Rechtsprechung
des Europäischen Gerichtshofs

Von

Odey Hardan



Duncker & Humblot · Berlin

ODEY HARDAN

Extraterritorialität und Unionsrecht

Schriften zum Europäischen Recht

Herausgegeben von

Siegfried Magiera · Detlef Merten
Matthias Niedobitek · Karl-Peter Sommermann

Band 219

Extraterritorialität und Unionsrecht

Die extraterritoriale Reichweite des Unionsrechts am
Beispiel der Anwendung des europäischen Kartell- und
Datenschutzrechts in der Rechtsprechung des Europäi-
schen Gerichtshofs

Von
Odey Hardan



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Bielefeld
hat diese Arbeit im Jahr 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2024 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0937-6305

ISBN 978-3-428-19102-4 (Print)

ISBN 978-3-428-59102-2 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Geleitwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im September 2023 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Bielefeld als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von Mai 2023. Die mündliche Prüfung fand am 16. 10. 2023 statt. Sie behandelt Fragen des Europa- und Völkerrechts zur extraterritorialen Anwendung des Unionsrechts in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.

In dieser ordne ich die Völkerrechtspraxis des Gerichtshofs ein und bestätige die These, dass der Gerichtshof in seiner Rechtsprechungspraxis den Versuch unternommen hat, die primär- oder sekundärrechtlich angeordnete extraterritoriale Reichweite von Unionsrechtsakten zu begrenzen. Obwohl sich die extraterritoriale Reichweite des Unionsrechts in den untersuchten Fällen nicht außerhalb der völkerrechtlichen Vorgaben bewegt, erkennt der Gerichtshof die Notwendigkeit einer autolimitativen Begrenzung der extraterritorialen Reichweite des Unionsrechts im Einzelfall an.

Da die völkerrechtlichen Vorgaben nur bedingt dabei helfen, extraterritoriale Regelungsansprüche zu moderieren und Konflikten vorzubeugen, ist es für den Gerichtshof zumindest hilfreich, sich an der Rechtsprechungspraxis drittstaatlicher Gerichte zu orientieren. Nehme man etwa die thematisch vergleichbare Rechtsprechung des U.S. *Supreme Court* als Hilfestellung, ließe sich fragen, ob dort etablierte Selbstbeschränkungsmechanismen wie die *political question doctrine*, die *presumption against extraterritoriality* oder die *foreign sovereign compulsion doctrine* auch in der Rechtsprechung des Gerichtshofs fruchtbar gemacht werden könnten oder bereits Anschluss gefunden haben.

Mit der vorliegenden Untersuchung stütze ich die These, dass der Gerichtshof insbesondere im Bereich des Kartell- und Datenschutzrechts aus der U.S. amerikanischen Rechtsprechung bereits bekannte und etablierte Begründungen bemüht, um die extraterritoriale Reichweite des Unionsrechts autolimitativ zu begrenzen. Damit bestehen erste Hinweise dafür, dass Konzepte wie beispielsweise die *foreign sovereign compulsion doctrine* nunmehr auch im Unionsrecht Anschluss gefunden haben.

Vorwort

Eine solche Arbeit verfassen zu können, ist ein Privileg. Es ist nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen im Leben stimmen und dies ist nicht selbstverständlich. Das Gelingen dieser Arbeit habe ich zahlreichen wundervollen Menschen zu verdanken:

Sehr herzlich danke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL. M. (Yale) und dem Lehrstuhlteam für die lehrreiche Zeit an der Universität Bielefeld als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Herrn Prof. Mayer habe ich viel zu verdanken, insbesondere das von ihm vermittelte Wissen und die Möglichkeit, an vielfältigen und auch öffentlichkeitswirksamen Projekten arbeiten zu können.

Herrn Prof. Dr. Christoph Gusy danke ich herzlich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die hilfreichen Hinweise, die einem auch nach jahrelanger Befassung mit dem Untersuchungsgegenstand zum intensiven Nachdenken anregen.

Von meinen ehemaligen Kolleg*innen am Lehrstuhl möchte ich im Besonderen Philipp Lütkemeyer danken, der wertvolle Zeit für hilfreiche Anregungen, Kritik und Diskussionen opferte und damit erheblich zum Gelingen der Arbeit beigetragen hat.

Mein herzlicher Dank gilt auch meinem langjährigen Freund und Kollegen Rechtsanwalt Robin Nocon, der sich selbstlos die Mühe machte, mit mir in seiner Freizeit über themenfremde Rechtsbereiche zu reflektieren. Rechtsanwalt Dr. Christian Schröder danke ich ebenfalls für die zahlreichen und hilfreichen Diskussionen zu datenschutzrechtlichen Fragen.

Meine Familie ist es, die den größten Beitrag zum Gelingen dieser Arbeit geleistet hat:

Die geleistete Unterstützung, die vorgenommenen Mühen und Anstrengungen meiner Eltern, Jamal und Hanan, mir eine universitäre Ausbildung zu ermöglichen, sind unbezahlbar. Dafür bin ich ihnen und meinen Geschwistern mein Leben lang dankbar! Ohne die Geduld, der dauerhaften Motivation und den ständigen Ansporn meiner lieben Frau und begabten Ärztin Hajar hätte ich die Arbeit nicht fertig stellen können. Danke – *die erste Seite ist für Euch.*

Düsseldorf, Dezember 2023

Odey Hardan

Inhaltsübersicht

Einleitung	29
A. Annäherung an den Untersuchungsgegenstand	31
B. Konzept- und Begriffsfragen	41
§ 1 Völkerrechtliche Grundlagen der Jurisdiktionslehre	68
A. Grundriss zum Juridiktionsvölkerrecht	69
B. Die völkerrechtlichen Grundsätze zur Ausübung extraterritorialer Jurisdiktion ..	86
C. Die souveräne Gleichheit der Staaten und ihre Konkretisierungen als Schranken	130
D. Ergebnisse zu Teil 1	148
§ 2 Extraterritorialität im europäischen Kartellrecht	151
A. Die extraterritoriale Anwendung des Europäischen Kartellrechts in der Recht- sprechungspraxis	155
B. Mögliche Folgen aus der Extraterritorialitätspraxis	205
C. Ergebnisse zu Teil 2	214
§ 3 Extraterritorialität im europäischen Datenschutzrecht	217
A. Räumlicher Anwendungsbereich der Datenschutzrichtlinie	224
B. Räumlicher Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung	243
C. Extraterritorialität und Löschanordnungen	254
D. Übermittlung personenbezogener Daten in Drittstaaten	297
E. Datenschutzrechtbedingte Konflikte in der Praxis	322
F. Mögliche Folgen der extraterritorialen Datenschutzrechtsanwendung	342
G. Ergebnisse zu Teil 3	357
§ 4 Selbstbeschränkung bei der extraterritorialen Anwendung des Unionsrechts ..	361
A. Zur vergleichenden Betrachtung der Rechtsprechung des U.S. Supreme Court und des EuGH	365
B. Gründe für die Begrenzung der extraterritorialen Reichweite des Unionsrechts ..	369
C. Political Question Doctrine	376

D. Judicial Comity	403
E. Ergebnisse zu Teil 4	470
Schlussbetrachtung	472
A. Völkerrechtlicher Rahmen	474
B. Anwendung und Folgen	476
C. Grenzen	478
D. Konnte die Rechtsprechung des Gerichtshofs zu einer restriktiveren Anwendung des Unionsrechts auf Auslandsverhalte beitragen?	480
E. Ausblick: Extraterritoriale Unionsrechtsanwendung als Problem und Chance ...	481
Literaturverzeichnis	483
Sachverzeichnis	522

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
A. Annäherung an den Untersuchungsgegenstand	31
I. Untersuchungsgegenstand	32
II. Forschungsstand	34
III. Auswahl der Referenzgebiete	36
IV. Gang der Untersuchung	37
B. Konzept- und Begriffsfragen	41
I. Brussels Effect	42
1. California Effect	43
2. Modalitäten des Brussels Effect	44
3. Gründe und Voraussetzungen	45
4. Zwischenbefund	47
II. Weitere Ausstrahlungsmodi	47
1. Territoriale Extension	48
2. Extraterritorialität	50
3. Zwischenbefund	54
III. Die Europäische Union als Territorialverband	54
1. Diskussion	55
2. Zwischenbefund	58
IV. Konflikte	58
1. Jurisdiktionskonflikte	59
2. Regulation without Representation	64
V. Schlussfolgerungen	67
§ 1 Völkerrechtliche Grundlagen der Jurisdiktionslehre	68
A. Grundriss zum Juridiktionsvölkerrecht	69
I. Zur Natur des Jurisdiktionsvölkerrechts	69
II. Zur Funktion des Jurisdiktionsvölkerrechts	73
III. Theoretische Aspekte	75
1. Völkerrechtliche Rechtfertigungspflicht	78
2. Excess of Jurisdiction	79

3. Zwischenbefund	81
4. Rechtsquellen als Problem	82
a) Völkervertragsrecht	83
b) Völkergewohnheitsrecht	84
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze	85
d) Zwischenergebnis	86
B. Die völkerrechtlichen Grundsätze zur Ausübung extraterritorialer Jurisdiktion	86
I. Liegt der extraterritorialen Jurisdiktionsausübung eine Verbots- oder Erlaubnisregel zugrunde?	87
1. American Banana Co. v. United Fruit Co. (1909) – U. S. Supreme Court	87
2. The Case of the S. S. Lotus (1927) – StIGH	90
a) Sachverhalt	92
b) Entscheidung der Richtermehrheit	93
c) Zwischenergebnis	101
3. Nottebohm-Fall (1955) – IGH	102
4. Barcelona Traction (1970) – IGH	105
5. Arrest Warrant of April 2000 (2002) – IGH	106
II. Zwischenbefund	108
III. Das genuine-link Erfordernis	109
1. Modalitäten der Jurisdiktionsausübung	111
a) Jurisdiction to Prescribe and to Adjudicate	111
b) Jurisdiction to Enforce	113
2. Anknüpfungspunkte	116
a) Territorialitätsprinzip	116
aa) Objektives und subjektives Territorialitätsprinzip	117
bb) Auswirkungsprinzip	118
b) Personalitätsprinzip	123
c) Universalitätsprinzip	126
IV. Zwischenergebnis	130
C. Die souveräne Gleichheit der Staaten und ihre Konkretisierungen als Schranken	130
I. Gehalte und Bedeutung der souveränen Gleichheit	132
1. Interventionsverbot	135
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	141
3. Rechtsmissbrauchsverbot	144
4. Equity	146
II. Zwischenergebnis	148
D. Ergebnisse zu Teil 1	148

§ 2 Extraterritorialität im europäischen Kartellrecht	151
A. Die extraterritoriale Anwendung des Europäischen Kartellrechts in der Rechtsprechungspraxis	155
I. Zwischenstaatlichkeitsklausel	159
II. Internationale Reichweite des Europäischen Kartellrechts	162
1. Erste Schritte: Rs. Béguelin Import	163
2. Theorie der wirtschaftlichen Einheit: Rs. Imperial Chemical Industries ..	165
a) Vorbringen der Parteien	166
b) Schlussanträge des Generalanwaltes Mayras	168
c) Entscheidung des Gerichtshofs	169
d) Bewertung	169
aa) Völkerrechtliche Einordnung	170
bb) Zurechnung des Verhaltens der Tochtergesellschaft	171
e) Zwischenergebnis	171
3. Durchführungsprinzip: Rs. Zellstoff	171
a) Vorbringen der Parteien	172
b) Schlussanträge des Generalanwaltes Darmon	173
c) Entscheidung des Gerichtshofs	173
d) Bewertung	174
aa) Berücksichtigung von Folgeverträgen	175
bb) Das Durchführungsprinzip als verdecktes Auswirkungsprinzip ..	176
cc) Grenzen extraterritorialer Jurisdiktion und Courtoisie	176
e) Zwischenergebnis	178
4. Internationale Sanktionszuständigkeit: Rs. InnoLux	179
a) Vorbringen der Parteien	180
b) Schlussanträge des Generalanwaltes Wathelet	181
c) Entscheidung des Gerichtshofs	182
d) Bewertung	183
aa) Bestimmung der internationalen Sanktionszuständigkeit	184
bb) Grundsatz <i>ne bis in idem</i> als Jurisdiktionsausübungsschranke? ..	184
e) Zwischenergebnis	187
5. Qualifiziertes Auswirkungsprinzip: Rs. Intel	187
a) Schlussanträge des Generalanwaltes Wahl	188
b) Entscheidung des Gerichtshofs	191
c) Bewertung	192
aa) Anerkennung des Auswirkungsprinzips	192
bb) Grenzen extraterritorialer Jurisdiktion	194
6. Internationale Fusionskontrollzuständigkeit: Rs. Gencor	194

a) Vorbringen der Parteien	195
b) Entscheidung des Gerichts	196
c) Bewertung	196
aa) Verhältnis von Durchführungs- und Auswirkungsprinzip	197
bb) Grenzen extraterritorialer Jurisdiktion: true-conflicts	197
d) Zwischenergebnis	198
7. Kommissionspraxis	198
a) Verhängung von Abhilfemaßnahmen	199
b) Qualcomm-Beschluss	200
c) Kondensatoren-Kartell-Beschluss	201
d) Google-Android-Beschluss	201
e) Schlussfolgerung	203
III. Zwischenbefund	204
B. Mögliche Folgen aus der Extraterritorialitätspraxis	205
I. Positive Externalitäten der extraterritorialen Kartellrechtspraxis	206
II. Negative Externalitäten der extraterritorialen Kartellrechtspraxis	208
1. Fusionskontrolle und Veto-Position	208
2. Überregulierung: Häufung von Parallelzuständigkeiten	210
3. Beeinträchtigung der Verbraucherinteressen	211
4. Rechtsunsicherheit und erhöhte Transaktionskosten	212
III. Fazit	213
C. Ergebnisse zu Teil 2	214
§ 3 Extraterritorialität im europäischen Datenschutzrecht	217
A. Räumlicher Anwendungsbereich der Datenschutzrichtlinie	224
I. Das Niederlassungsprinzip gem. Art. 4 Abs. 1 lit. a.) DSRL	227
1. Regelungsgehalt	227
2. Völkerrechtliche Einordnung	229
II. Zwischenergebnis	230
III. Die Auslegung des Art. 4 DSRL in der Rechtsprechung des EuGH	230
1. Grundsteinlegung: Rs. Google Spain	230
a) Entscheidung des Gerichtshofs	231
b) Bewertung	233
aa) Effektiver Grundrechtsschutz als Auslegungsdeterminante	234
bb) Relativierung des Niederlassungsbegriffs	234
c) Völkerrechtliche Einordnung	236
2. Folgeentscheidung: Rs. Weltimmo	238

a) Entscheidung des Gerichtshofs	239
b) Bewertung	240
IV. Zwischenbefund zu Art. 4 DSRL	241
B. Räumlicher Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung	243
I. Das Niederlassungsprinzip nach Art. 3 Abs. 1 DSGVO	245
II. Das Marktortprinzip nach Art. 3 Abs. 2 DSGVO	247
1. Art. 3 Abs. 2 lit. a.) DSGVO – Angebot von Waren oder Dienstleistungen	249
2. Art. 3 Abs. 2 lit. b.) DSGVO – Verhaltensbeobachtung	252
III. Zwischenbefund	253
C. Extraterritorialität und Löschanordnungen	254
I. Emergenz des Rechts auf Vergessenwerden in der EuGH-Rechtsprechung ..	256
II. Umsetzung der Google-Spain Entscheidung	259
III. Territoriale Reichweite einer Auslistungsanordnung: Rs. Google LLC	261
1. Entscheidung des Gerichtshofs	262
a) Begrenzung der Auslistung auf die EU	262
b) Interessensberücksichtigung und Angemessenheitsanalyse	263
2. Fazit: Grundrechtsschutz versus Völkerrecht	266
3. Exkurs: Fallbeispiele zu Löschanordnungen	269
a) Rs. Glawischnig-Piesczek	269
aa) Entscheidung des Gerichtshofs	269
bb) Einordnung	271
b) Hate-Speech: TGI Paris	273
c) Hate-Speech 2: High Court Delhi	275
d) Urheberrecht: U. S. Court of Appeals for the 9th. Cir.	276
e) Markenrecht: Supreme Court of Canada	277
aa) Ausgangsverfahren vor dem Supreme Court of British Columbia ..	277
bb) Entscheidung des Supreme Court of Canada	279
f) Privatheitsschutz: Supreme Court New South Wales	281
g) Einordnung und Zwischenbefund	282
4. Völkerrechtliche Bewertung von Löschanordnungen	283
a) Domain basierter Ansatz und Geoblocking	285
b) Weltweite Umsetzung	286
aa) Auswirkungs- und Personalitätsprinzip als Rechtfertigungsgrund-	
lagen	288
bb) Der Grundrechtsschutz nach der GRC als Rechtfertigungsgrund-	
lage	289
(1) Die extraterritoriale Reichweite der GRC	290

(2) Effektivität weltweiter Anordnungen	293
c) Zwischenfazit zu III. 3.	295
IV. Schlussfolgerungen	297
D. Übermittlung personenbezogener Daten in Drittstaaten	297
I. Angemessenheitsbeschluss nach Art. 45 DSGVO	301
1. Safe-Harbor-Entscheidung	302
2. Ungültigkeitserklärung: Rs. Schrems I	304
a) Entscheidung des Gerichtshofs	305
aa) Institutionelle Aspekte der Entscheidung	305
bb) Zum Kriterium eines angemessenen Datenschutzniveaus	307
cc) Der Grundrechtsschutz als absolute Grenze	308
b) Schlussfolgerungen	309
aa) Institutional Trust Shifting	309
bb) Datenlokalisierung und wirtschaftliche Externalitäten	310
3. Der zweite Versuch: Privacy Shield	311
II. Geeignete Garantien gem. Art. 46 DSGVO	313
1. Anforderungen an Standardvertragsklauseln: Rs. Schrems II	314
a) Schlussanträge Generalanwalt Saugmandsgaard Øe	315
b) Entscheidung des Gerichtshofs	316
2. Bewertung der praktischen Implikationen	317
a) Dezentralisierung der Angemessenheitsprüfung	318
b) Datenlokalisierung als Lösung?	318
III. Schlussfolgerungen	319
E. Datenschutzrechtbedingte Konflikte in der Praxis	322
I. SWIFT-Konflikt	323
II. U.S. Cloud Act – Ein mögliches Konfliktszenario?	325
1. Vorgeschichte: Microsoft Corp. vs. United States	326
2. Data Traditionalists vs. Data Exceptionalists	328
3. Ein Fall des Data Tradionalism: CLOUD Act	330
4. Der europäische Ansatz zum grenzüberschreitenden Zugriff auf Daten ..	333
a) Kollision des CLOUD Act mit der DSGVO	334
aa) Die DSGVO als Abwehrgesetz	334
bb) Anwendungsbereich von Art. 48 DSGVO	335
cc) Anerkennungsbedürftigkeit nach Art. 48 DSGVO	336
dd) Zwischenbefund	338
b) CLOUD Act Agreement zwischen der EU und den USA	340
III. Zwischenbefund	341

F. Mögliche Folgen der extraterritorialen Datenschutzrechtsanwendung	342
I. Extraterritoriale Rechtsdurchsetzung als Problem	343
1. Ausgangspunkt: Völkerrechtliche Grenzen	347
2. Durchsetzungsbefugnisse nach der DSGVO	348
3. Zwischenbefund	349
II. Auswirkungen der Extraterritorialität auf die Außenbeziehungen	349
III. Auswirkungen der Extraterritorialität auf den Wirtschaftsverkehr	353
IV. Nivellierung des Grundrechtsschutzniveaus nach unten?	356
V. Schlussbetrachtung	357
G. Ergebnisse zu Teil 3	357
§ 4 Selbstbeschränkung bei der extraterritorialen Anwendung des Unionsrechts	361
A. Zur vergleichenden Betrachtung der Rechtsprechung des U.S. Supreme Court und des EuGH	365
I. Rechtsprechung des U.S. Supreme Court als Vergleichsmodell	365
II. Erfahrungswert der amerikanischen Praxis	367
III. Zum Umgang des U.S. Supreme Court und des EuGH mit Kollisionsnormen	367
B. Gründe für die Begrenzung der extraterritorialen Reichweite des Unionsrechts	369
I. Souveräne Gleichheit und Selbstbeschränkung	370
1. Zur Dysfunktionalität des genuine-link Erfordernisses	370
2. Selbstbeschränkung als Abhilfemaßnahme	372
II. Selbstbeschränkungsmodi	375
III. Schlussfolgerung	376
C. Political Question Doctrine	376
I. Konzeption und Begründung der Doktrin	377
1. Begründung in den USA	378
2. Anwendungsbereich der Doktrin	381
3. Sind Extraterritorialitätsfragen politische Fragen?	383
II. Die Doktrin in der Rechtsprechung des EuGH	388
1. Keine Anerkennung einer Political Question Doctrine	388
2. Bewertung	391
a) Unionale Besonderheiten als Gründe gegen die Doktrin	391
aa) Richterliche Zurückhaltung als Problem	394
bb) Unterscheidung zwischen Recht und Politik im Primärrecht	397
b) Zwischenbefund	399
c) Argumente gegen die Doktrin	400
3. Ergebnis	403

D. Judicial Comity	403
I. Bedeutung und Verbreitung	404
II. Konkretisierung: reasonableness in interpretation	409
1. Reasonableness als Interessenabwägungsgebot	409
2. Reasonableness nach dem Restatement Fourth	412
III. Presumption Against Extraterritoriality als Konkretisierung der Courtoisie	413
1. Begründung und Inhalt	414
2. Funktionsweise in der Rechtsprechungspraxis des U. S. Supreme Court	416
a) Presumption Against Extraterritoriality nach dem Aramco-Urteil	417
aa) Clear-Statement-Regel	418
bb) Ermittlung der extraterritorialen Natur des Sachverhaltes	418
b) Presumption Against Extraterritoriality nach dem Morrison-Urteil	419
aa) Keine Clear-Statement-Regel	420
bb) Ermittlung der extraterritorialen Natur des Sachverhaltes: „Focus“	420
cc) Schlussfolgerung zur Begründung der presumption against extraterritoriality in der Rechtsprechung des U. S. Supreme Court	421
c) Folgerechtsprechung: Kiobel u. a. v. Royal Dutch Petroleum Co.	422
d) Finalisierung: RJR-Nabisco-Doppeltest	423
e) Verhältnis der presumption against extraterritoriality zu weiteren Instrumenten: Charming-Betsy-Doctrine	426
f) Zwischenbefund	428
3. Presumption Against Extraterritoriality in der EuGH-Rechtsprechung	429
a) Rechtsprechungsdurchsicht und Grundüberlegungen	429
aa) Presumption against extraterritoriality in der Kartellrechtsprechung des EuGH	431
bb) Differenzierung: Voll- und Teilharmonisiertes Unionsrecht	432
b) Schlussfolgerungen	435
c) Kritik	436
aa) Rechtsprechungskohärenz	436
bb) Relativierung der praktischen Wirksamkeit von Rechtsnormen	438
cc) Gefahr des judicial-activism?	438
dd) Mögliche Rechtsschutzdefizite	439
4. Ergebnis zur presumption against extraterritoriality	441
IV. Foreign State Compulsion Doctrine als Konkretisierung der Courtoisie	442
1. Identifikation der Doktrin im Unionsrecht	442
2. Doktrin im Verhältnis zu Drittstaaten	444
a) Rs. Zellstoff als Anwendungsbeispiel	444
b) Rs. Gencor als weiteres Anwendungsbeispiel	445

3. Kongruenz der EuGH und U. S. Supreme Court Rechtsprechung	446
4. Interessensberücksichtigung als Korrektiv	447
5. Schlussfolgerung	448
V. Kontingenz als Jurisdiktionsausübungsschranke und Konkretisierung der Courtoisie	449
1. Rs. InnoLux als Anwendungsbeispiel	451
2. Zwischenbefund	453
3. Einordnung und Kritik	453
4. Schlussfolgerung	454
VI. Angemessenheitsprüfung als Aspekt der reasonableness	455
1. Vorüberlegungen	456
a) Zulässigkeit der Berücksichtigung fremdstaatlicher Interessen	456
b) Effet-Utile als Grenze	459
2. Angemessenheitsprüfung in der Rechtsprechung des EuGH	459
a) Rs. Google-Spain	461
b) Rs. Google LLC	461
3. Einordnung	465
a) Evaluation fremden Rechts – eine neue Aufgabe?	465
b) Informationsquellen für den Gerichtshof	467
c) Mögliche Entscheidungsfolgen	467
VII. Schlussfolgerung	469
E. Ergebnisse zu Teil 4	470
Schlussbetrachtung	472
A. Völkerrechtlicher Rahmen	474
B. Anwendung und Folgen	476
C. Grenzen	478
D. Konnte die Rechtsprechung des Gerichtshofs zu einer restriktiveren Anwendung des Unionsrechts auf Auslandssachverhalte beitragen?	480
E. Ausblick: Extraterritoriale Unionsrechtsanwendung als Problem und Chance . . .	481
Literaturverzeichnis.	483
Sachverzeichnis	522

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. E.	am Ende
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Admin. L. Rev.	Administrative Law Review
AJCL	American Journal of Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
AJIL Unbound	American Journal of International Law Unbound
Am. U.L. Rev.	American University Law Review
Annual Surv. Int'l & Comp. L.	Annual Survey of International and Comparative Law
Antitrust L.J.	Antitrust Law Journal
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Asian J. Int'l L.	Asian Journal of International Law
Asian J. WTO Int'l Heal. L & Pol.	Asian Journal of WTO & International Health Law & Policy
Aufl.	Auflage
AustYBIL	Australian Yearbook of International Law
AVR	Archiv des Völkerrechts
B. C. Int'l & Comp. L. Rev.	Boston College International & Comparative Law Review
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
Berkeley J. Int'l L.	Berkeley Journal of International Law
Berkeley Tech. L. J.	Berkeley Technology Law Journal
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Boston Univ. L. Rev.	Boston University Law Review
Buff. L. Rev.	Buffalo Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cardozo L. Rev.	Cardozo Law Review
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
Chi. J. Int'l L.	Chicago Journal of International Law
CJICL	Cambridge Journal of International and Comparative Law
CMLRev.	Common Market Law Review
Colum. J. Asian L.	Columbia Journal of Asian Law
Colum. J. Eur. L.	Columbia Journal of European Law

Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Comp. L. Rev.	The Competition Law Review
Comput. L. Secur. Rep.	Computer Law and Security Report
Comput. L. Secur. Rev.	Computer law and Security Review
CoRe	European Competition and Regulatory Law Review
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
CR	Computer und Recht
CRi	Computer Law Review International
CYELS	The Cambridge Yearbook of European Legal Studies
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DOJ	Departement of Justice
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
Duke J. Comp. & Int'l L.	Duke Journal of Comparative and International Law
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	Ebenda
EDPL	European Data Protection Law Review
EFAR	European Foreign Affairs Review
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJIL	European Journal of International Law
ELJ	European Law Journal
ELRev.	European Law Review
Emory L.J.	Emory Law Journal
Emory L.J. Online	Emory Law Journal Online
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
ERA Forum	Journal of the Academy of European Law
et al.	unter anderem
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWerk	Energie- und Wettbewerbsrecht in der kommunalen Wirtschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgend(e)
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L.J.	Fordham International Law Journal
Fordham L. Rev.	Fordham Law Review
FS	Festschrift
FTC	Federal Trade Commission
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
Geo. Mason L. Rev.	George Mason Law Review

Geo. Wash. Int'l L. Rev.	George Washington International Law Review
Georgia J. Int'l and Comp. L.	Georgia Journal of International and Comparative Law
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
Gimpa L. Rev.	Gimpa Law Review
GLJ	German Law Journal
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GYIL	German Yearbook of International Law
Harv. Int'l L.J.	Harvard International Law Journal
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings Int'l & Comp. L. Rev.	Hastings International and Comparative Law Review
Hous. J. Int'l L.	Houston Journal of International Law
HRLR	Human Rights Law Review
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	Herausgegeben
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HZ	Historische Zeitschrift
i. E.	im Erscheinen
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICON	International Journal of Constitutional Law
IDPL	International Data Privacy Law
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
Ind. J. Global Legal Stud.	Indiana Journal of Global Legal Studies
Ind. L.J.	Indiana Law Journal
Int'l History Rev.	The International History Review
Int'l J. L. & Info. Tech.	International Journal of Law and Information Technology
Int'l Rev. L. & Econ.	International Review of Law and Economics
IPR	Internet Policy Review
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea
J. Confl. Secur.	Journal of Conflict and Security Law
J. Environ. L.	Journal of Environmental Law
J. Eur. Public Policy	Journal of European Public Policy
J. Information Policy	Journal of Information Policy
J. Int'l Crim. Just.	Journal of International Criminal Justice
J. Legal. Stud.	The Journal of Legal Studies
J. Nat'l Sec. L. & Pol'y	Journal of National Security Law & Policy
JECLAP	Journal of European Competition Law & Practice
JIEL	Journal of International Economic Law
JIPITEC	Journal of Intellectual Property, Information Technology and Electronic Commerce Law
JLEO	Journal of Law, Economics and Organization
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JPrIL	Journal of Private International Law

JZ	Juristen Zeitung
K&R	Kommunikation und Recht
L. & CP	Law and Contemporary Problems
LIEI	Legal Issues of Economic Integration
LJIL	Leiden Journal of International Law
Louisiana L. Rev.	Louisiana Law Review
Ls.	Leitsatz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Maastricht J. EU & Comp. L.	Maastricht Journal of European and Comparative Law
Masaryk Univ. J.L. & Tech.	Masaryk University Journal of Law and Technology
McGill L.J.	McGill Law Journal
Md. J. Int'l L.	Maryland Journal of International Law
Melb. J. Int'l L.	Melbourne Journal of International Law
Mich. J. Int'l L.	Michigan Journal of International Law
MLR	The Modern Law Review
MMR	Multimedia und Recht
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MR-Int.	Medien und Recht International
N.C.L. Rev.	North Carolina Law Review
N. Y. U. J. Int'l L. & Pol.	New York University Journal of International Law and Politics
N. Y. U. L. Rev.	New York University Law Review
Neth. Int'l L. Rev.	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No., Nr.	Nummer
Northwest. Univ. Law Rev.	Northwestern University Law Review
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
NTIR	Nordisk Tidsskrift for International Ret
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
Oslo L. Rev.	Oslo Law Review
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PLPR	Privacy Law & Policy Reporter
QIL, Zoom-in	Questions of International Law – Zoom-in
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdC	Recueil des Cours (Académie de Droit international)
RDILC	Revue de droit international et de législation comparée
REALaw	Review of European Administrative Law
Regent J. Int'l L.	Regent Journal of International Law
RevEgypt	Revue égyptienne de droit international
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
Rutgers L. Rev.	Rutgers Law Review
S.	Seite
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten

Santa Clara J. Int'l L.	Santa Clara Journal of International Law
Seattle Univ. L. Rev.	Seattle University Law Review
SJLS	Singapore Journal of Legal Studies
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Union
sog.	sogenannte(r)
Stan. J. Int'l L.	Stanford Journal of International Law
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Sw. L. Rev.	Southwestern Law Review
SWP-Aktuell	Stiftung Wissenschaft und Politik – Aktuell
Syracuse J. Int'l L. & Com.	Syracuse Journal of International Law and Commerce
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
u. a.	unter anderem, und andere
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Chi. Legal F.	University of Chicago Legal Forum
U. Ill. L. Rev.	University of Illinois Law Review
U. Pa. J. Int'l Econ. L.	University of Pennsylvania Journal of International Economic Law
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U. S. C.	United States codes
UAbs.	Unterabsatz
UC Davis L. Rev.	University of California Davis Law Review
UC Irvine L. Rev.	UC Irvine Law Review
UN	United Nations
Univ. Pa. L.R.	University of Pennsylvania Law Review
Univ. Queensland L.J.	University of Queensland Law Journal
UNO	United Nations Organization
Urt.	Urteil
USA	United States of America
usw.	und so weiter
Utah L. Rev.	Utah Law Review
UTLJ	University of Toronto Law Journal
Utrecht L. Rev.	Utrecht Law Review
v.	versus
Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Va. L. Rev. Online	Virginia Law Review Online
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VN	Vereinte Nationen
Vol.	Volume
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
Wash. Univ. Global Stud. L. Rev.	Washington University Global Studies Law Review
West Eur. Polit.	West European Politics
Wheat.	Wheaton (Entscheidungssammlung)

WP	Working Paper
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
Yale J. Int'l L.	Yale Journal of International Law
Yale L. J.	The Yale Law Journal
YPIL	Yearbook of Private International Law
z. B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZD-Aktuell	Zeitschrift für Datenschutz Aktuell
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZVN	Zeitschrift Vereinte Nationen

Hinsichtlich der verwendeten amerikanischen Abkürzungen wird verwiesen auf: The Bluebook. A uniform system of citation, 21. Auflage 2020. Im Übrigen auf *H. Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 10. Auflage 2021.

Einleitung

Die Europäische Union hat einen Exportschlager: das Unionsrecht.¹ Aber der Reihe nach:

Grenzen sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Sie waren und sind rechtliche Konstrukte der Privilegierten, Ausdruck von Abschottung und Emanzipation zugleich. Ihren historischen und rechtlich relevanten Höhepunkt erlangten Territorialgrenzen mit dem Westfälischen Frieden 1648. Mit einer Einigung auf exklusive Herrschaftsbefugnisse auf bestimmten Gebieten konnten mit den Westfälischen Verträgen die religiösen und politischen Konflikte zwischen Protestanten und Katholiken gelöst werden – Frieden durch Gemeinschaftsabschottung. Zugleich markierten die Verträge aber eine das Völkerrecht bis heute prägende Wende. Obwohl das moderne Staatensystem oft auf den Westfälischen Frieden zurückgeführt wird, hatten die Verträge nur wenig mit der Staatensouveränität, geschweige der Völkerrechtsordnung zu tun.² Das Konzept exklusiver, territorial radizierter Hoheitsgewalt ist gleichwohl auf breite Akzeptanz in der Staatengemeinschaft gestoßen und mit dem Begriff der territorialen Souveränität salonfähig gemacht worden.³ Der emanzipative Gehalt exklusiver Zuständigkeiten mag die Akzeptanz befördert zu haben. Hoheitsträger konnten ungestört ordnungsexterner Einflüsse bindendes Recht für ein Territorium und der dort wohnhaften Bevölkerung setzen. Freilich hatte die territorialbezogene Herrschaftsgewalt nicht nur eine emanzipative und freiheitsstiftende Dimension. Sie wirkt begrenzend in dem Maße, als die Bindungswirkung des Rechts an den Territorialgrenzen endet.

Die räumliche Extension des Rechts über Territorialgrenzen hinaus ist kein freiheitliches Recht des jeweiligen Staates, sondern hinsichtlich seiner Wirksamkeit streng von der Zustimmung anderer Staaten konditioniert. Darauf hat schon Max Weber hingewiesen:

„Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes (...) das *Monopol legitimer physischer Gewalt* für sich (mit Erfolg) beansprucht. Denn das der Gegenwart Spezifische ist: daß man allen anderen Verbänden (...) das Recht

¹ Angelehnt an V. Grundman, *The New Imperialism: The Extraterritorial Application of United States Law*, *International Lawyer* 14 (1980), 257: „In the past twenty-five years the United States has had three major exports: rock music, blue jeans, and United States law.“

² Siehe D. Croxton, *The Peace of Westphalia of 1648 and the Origins of Sovereignty*, *Int'l History Rev.* 21 (1999), 569 ff.; O. Hathaway/S. Shapiro, *The Internationalists*, 2017, S. XIX; vgl. auch K. Raustiala, *Does the Constitution Follow the Flag?*, 2009, S. 10 ff.; vgl. ferner J. Bartelson, *A Genealogy of Sovereignty*, 1995, S. 137 ff.

³ Vgl. Art. 2 Nr. 4 UN-Charta; 1. I. III. u. IV der Schlussakte von Helsinki 1975.

zur physischen Gewaltsamkeit nur so weit zuschreibt, als der *Staat* sie von ihrer Seite zulässt: er gilt als alleinige Quelle des ‚Rechts‘ auf Gewaltsamkeit.“⁴

Einige Staaten wandten sich indessen der Unilateralität⁵ zu und zogen Grenzen nach ihrem eigenen Ermessen.⁶ Zu denken ist nicht nur an den noch im frühen 20. Jahrhundert großflächig betriebenen Imperialismus⁷, sondern auch an die Nazi-Doktrin des Lebensraums, wobei nicht zuletzt in diesen Zeitraum die durch Carl Schmitt begründete Großraumtheorie fiel.

Dass Hoheitsgewalt mittlerweile im Grundsatz nicht mehr auf Territorien begrenzt ist, stellt keine neue Erkenntnis dar.⁸ Dafür ist die Europäische Union ein paradigmatisches und klassisches Beispiel. In der Europäischen Union beruht die Bindungswirkung des Unionsrechts über mitgliedstaatliche Territorialgrenzen hinweg auf einem Konsens der Mitgliedstaaten, die einer überstaatlichen Entität gebündelte und abgeleitete Hoheitsrechte übertragen haben. Konsequenterweise entwickelte der Europäische Gerichtshof die *unmittelbare Geltung des Unionsrechts* auf den Gebieten der Mitgliedstaaten und erhob sie zu einem allgemeinen Grundsatz.⁹ Denkbar und davon zu differenzieren sind transnationale¹⁰ Rechtsbindungen, die sich unilateral gestalten lassen. Staaten gestalten und steuern zunehmend Rechts- und Lebensverhältnisse im Ausland im Wege der extraterritorialen Rechtsanwendung. Unilateralität dient dabei in der Regel als Ersatz für einen gescheiterten Konsens auf zwischenstaatlicher Ebene.¹¹ Besonders eifrig hat die Europäische Union in jüngerer Zeit die Reichweite des Unionsrechts über das Gebiet der Europäischen Union hinaus ausgeweitet. In den meisten Fällen ist das Motiv nicht imperialistischer, sondern defensiver Natur: Im Zuge der Europäischen Integration erzielte Fortschritte in sozialer, wirtschaftlicher sowie auch rechtlicher Hinsicht sollen gegen ordnungsexterne, staatliche wie private, Einflüsse abgesichert werden.

⁴ M. Weber, Politik als Beruf, 11. Auflage 2010 (1919), S. 8 (Hervorhebungen im Original).

⁵ Eine Definition der Lateralismen findet sich bei B. Riehle, Die Europäische Union als internationaler Akteur, 2013, S. 96 ff.

⁶ Was „a major source of international aggression and conflict“ war, C. Bird, An Introduction to Political Philosophy, 2. Auflage 2019, S. 187.

⁷ Dazu K. Miles, Uneven Empires, in: D. Margolies/U. Özsu/M. Pal/N. Tzouvala (Hrsg.), The Extraterritoriality of Law, 2019, S. 87 ff.

⁸ Vgl. U. Di Fabio, Das Recht offener Staaten, 1998, S. 97 ff.

⁹ EuGH, Urt. v. 15. 7. 1964, Rs. 6/64, ECLI:EU:C:1964:66, Slg. 1253, 1270 – *Costa/ENEL*; EuGH, Urt. v. 9. März 1978, Rs. 106/77, ECLI:EU:C:1978:49, Rn. 14/16 – *Simmenthal II*.

¹⁰ Vgl. P. Jessup, Transnational Law, 1956, S. 1, der das transnationale Recht als „all law which regulates actions or events that transcend national frontiers“ versteht; eingehend zum Begriff A. Farahat, Progressive Inklusion: Zugehörigkeit und Teilhabe im Migrationsrecht, 2013, S. 10 ff.

¹¹ Ausführlich zu den Grenzen des Multilateralismus siehe C. Ryngaert, Selfless Intervention, 2020, S. 19 ff.

A. Annäherung an den Untersuchungsgegenstand

„*European Imperialism*“. Mit dieser suggestivkräftigen Beschreibung wurde die Ankündigung der Europäischen Kommission kritisiert, eine kartellrechtliche Untersuchung in Bezug auf den amerikanischen Internetriesen *Microsoft* durchzuführen.¹² Die im Ausland in vergleichbaren Konnotationen geäußerte Kritik an der extraterritorialen Reichweite des Unionsrechts lässt sich indes nicht allein auf das Wettbewerbsrecht beschränken. Die Ausstrahlungswirkung¹³ des Unionsrechts in das Drittland ist auch in Sachbereichen wie dem Datenschutzrecht, dem Lebensmittel- und Tierschutzrecht oder auch dem Finanzrecht festzustellen.¹⁴

Ursprünglich handelte es sich bei der Ausstrahlungswirkung um eine von den Unionsorganen nicht intendierte Nebenfolge der Regulierung und Konstituierung des Binnenmarktes.¹⁵ Mittlerweile lässt sich aber in vielen Bereichen des Unionsrechts eine dahingehende *Programmatik* erkennen. Zu beobachten ist dies in Sachbereichen, deren Regulierung ohne einen extendierten räumlichen Bezugsrahmen erratisch und ineffektiv wäre. Exemplarisch sind Unternehmensfusionen von globaler Tragweite und das Datenschutzrecht im Kontext des Internets¹⁶. Die Ausstrahlungswirkung des Unionsrechts lässt sich dabei nicht immer auf eine extraterritoriale Rechtsanwendung zurückführen. Der Umstand, dass etwa die europäischen Datenschutzvorschriften im weltweiten Vergleich als die strengsten gelten regt Unternehmen und Konzerne im Drittland zu einer Compliance an, um einerseits den Zugang zum Binnenmarkt zu erhalten, andererseits aber auch möglichst viele Datenschutzrechtsordnungen ohne hohen Kostenaufwand abzustecken. Insofern gründet die Compliance oft nicht auf altruistischen Motiven, sondern folgt Kosten-Nutzen-Analysen und Opportunitätsabwägungen im Allgemeinen.

Die Kritik an der Ausstrahlungswirkung des Unionsrechts ist wahrscheinlich überzogen – die EU tritt in den meisten Fällen nicht als Usurpator auf, sondern macht grundsätzlich rechtlich zulässig von Markt Zugangsbeschränkungen Gebrauch. Sie weist aber auf den erheblichen Einfluss der Europäischen Union auf die Rechts- und Lebensverhältnisse weltweit durch *soft power*¹⁷ Mechanismen hin.

¹² *Wall Street Journal* v. 31. 10. 2007, abrufbar unter: <https://www.wsj.com/articles/SB119379374505577052> (16. 5. 23).

¹³ „Ausstrahlungswirkung“ verstehe ich umfassend im Sinne jedes spürbaren Einflusses auf drittstaatliche Rechtsordnungen oder Rechts- bzw. Lebensverhältnisse im Ausland lebender juristischer und natürlicher Personen.

¹⁴ *J. Scott*, The new EU „Extraterritoriality“, *CMLRev.* 51 (2014), 1343 ff.

¹⁵ *A. Bradford*, The Brussels Effect, *Northwest. Univ. Law. Rev.* 107 (2012), 1 (6).

¹⁶ Das Anwendungsfeld des Datenschutzrechts ist nicht nur auf das Internet begrenzt, siehe EuGH, Urt. v. 10. Juli 2018, Rs. C-25/17, ECLI:EU:C:2018:551 – *Jehovan todistajat*.

¹⁷ Grundlegend dazu *J. Nye*, *Soft Power*, *Foreign Policy* 80 (1990), 153 (166 ff.), der darunter die Macht von Akteuren versteht ohne Anwendung von Zwangsmittel und lediglich durch Anziehung und Attraktivität andere Akteure zur Übernahme eigener Vorstellungen zu bewegen. Mit den Worten Nye's ist soft power „when one country gets other countries to *want* what it wants“, siehe ebd. (Hervorhebung im Original).